

Besser leben in Deutschland

Handlungsprioritäten für Lebensqualität

Deutschland ist eines der Länder mit der höchsten Lebensqualität weltweit, es ist Mitglied der glücklichen Variante des Kapitalismus. Aber auch hierzulande gibt es einiges zu tun, um eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlergehens für heutige und künftige Generationen zu sichern. Diese Studie stellt 10 wichtige Indikatoren vor, die im Jahr 2017 und danach mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit erhalten sollten, damit das Leben in Deutschland noch besser werden kann.

- 1. Wahlbeteiligung erhöhen.** An der letzten Bundestagswahl nahmen nur 71% der Wahlberechtigten teil. Schweden schaffte 86% (Seite 3).
- 2. Analphabetenquote senken.** Fast 15% der erwachsenen Menschen in Deutschland konnten im Jahr 2010 nicht richtig lesen und schreiben – sie waren funktionale Analphabeten (Seite 4).
- 3. Armut weiter verringern.** Rund 7% der Deutschen sind trotz Vollzeiterwerbstätigkeit von Armut bedroht. In Finnland und Irland sind es lediglich 3% (Seite 5).
- 4. Wohnen günstiger machen.** Die Deutschen geben 22% ihres Einkommens für das Wohnen aus – ein im internationalen Vergleich relativ großer Anteil (Seite 6).
- 5. Sicherheitsgefühl stärken.** 25% der Deutschen fühlen sich nachts nicht wirklich sicher, wenn sie alleine durch ihre Stadt gehen - doppelt so viele wie in der Schweiz (Seite 7).
- 6. Vertrauen in die Mitmenschen fördern.** Die Menschen in Deutschland vertrauen einander weit weniger als die Menschen in Dänemark, den Niederlanden oder der Schweiz (Seite 8).
- 7. Selbsttötungen verringern.** Die 10.000 Suizide pro Jahr in Deutschland sind die Spitze des Eisbergs mentaler Erkrankungen (Seite 9).
- 8. (Sport)Vereine stärken.** Vereine sind wichtig für Vertrauen, Zusammenhalt, Gesundheit usw. (Seite 10).
- 9. Übergewicht abbauen.** Im Jahr 2014 waren bereits 17% der Deutschen fettleibig – in Norwegen, Italien und der Schweiz „nur“ 10% (Seite 11).
- 10. Fußabdruck verringern.** Im Durchschnitt verursacht jeder Deutsche pro Jahr 9,6 Tonnen CO₂-Ausstoß – mehr als andere Länder und weit mehr als die Erde langfristig vertragen kann (Seite 12).

Für jeden Indikator in dieser Auswahl wird ein Ziel für das Jahr 2025 vorgeschlagen, welches im internationalen Vergleich realistisch erscheint.

3. April 2017

Stefan Bergheim

+49 69 788 098 291

stefan.bergheim@fortschrittszentrum.de

www.fortschrittszentrum.de

Zentrum für
gesellschaftlichen
Fortschritt

Vorwort

Deutschland hat in den letzten Jahren große Fortschritte für mehr Lebensqualität gemacht. In unserer Studie „Die glückliche Variante des Kapitalismus“ gehörte Deutschland auf Basis einer statistischen Clusteranalyse zu den weltweit führenden Ländern. Vor allem die Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt seit 2005 ragten heraus. Aber noch ist nicht alles gut.

In den Jahren 2015/16 hat die Bundesregierung in der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ mit einem breit angelegten Dialogprozess 46 Indikatoren für Lebensqualität identifiziert. Eine Priorisierung erfolgte jedoch nicht und der im Koalitionsvertrag von 2013 angekündigte ressortübergreifende Aktionsplan „gut leben“ wurde bisher nicht erstellt.

Die vorliegende Studie weist daher auf Felder mit besonderem Handlungsbedarf hin. Auf Basis belastbarer Fakten und Indikatoren werden Impulse für die deutsche Debatte über gesellschaftliche Prioritäten abgeleitet. Die momentan entstehenden Wahlprogramme und der nächste Koalitionsvertrag müssten fragen: Wo sollten aus Sicht der Lebensqualitätsforschung die knappen zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Gesellschaft vermehrt eingesetzt werden?

Die Auswahl der 10 Indikatoren für die vorliegende Studie erfolgte in einem vierstufigen Prozess:

1. Stufe: Ausgangsbasis waren Indikatorensysteme für Lebensqualität, die teilweise mit Hilfe gesellschaftlicher Dialoge entwickelt wurden. Sie erfassen, was den Menschen wirklich wichtig ist. Beispiele sind „Gut leben in Deutschland“, „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ und der „Index des besseren Lebens“ der OECD (siehe Anhang 1 auf Seite 13).
2. Stufe: Aus diesen mehreren hundert Indikatoren wurden jene ausgewählt, die am Ergebnis orientiert sind, wo die erwünschte Entwicklung klar ist und die sich durch gesellschaftliche Aktivitäten verändern lassen.
3. Stufe: Anschließend wurden Indikatoren identifiziert, wo Deutschland noch nicht gut abschneidet, entweder im internationalen Vergleich, im Vergleich zu früheren Jahren oder zur erwünschten Situation.
4. Stufe: Schließlich wurde versucht, jedes der 10 Themenfelder abzudecken, die in Lebensqualitätsprozessen immer wieder vorkommen. Damit erhalten Querverbindungen zwischen den Themen und Indikatoren Sichtbarkeit: Politik/Verwaltung, Bildung, Arbeit/Wirtschaft, Wohnen, Sicherheit, Zusammenleben, Gesundheit, Freizeit und Umwelt. Für Mobilität konnte kein Indikator gefunden werden, der alle Voraussetzungen erfüllt.

Um eine dauerhaft gesicherte Verbesserung zu erreichen, sind in der Regel viele Akteure notwendig: neben der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden auch Wirtschaft, Zivilgesellschaft und natürlich jede(r) Einzelne.

Hohe Lebensqualität...

...und intensiver Diskurs in Deutschland

Prioritäten für künftiges Handeln identifizieren

10 Indikatoren aus vierstufigem Prozess

Viele Akteure notwendig für dauerhafte Verbesserungen

1. Wahlbeteiligung stärken

Die Regierungsform der Demokratie hat sich in den letzten 100 Jahren weltweit immer mehr durchgesetzt. Momentan ist sie jedoch in einigen Ländern bedroht, in denen der Ruf nach einfachen Antworten und starken Führungspersonen lauter wurde. Demokratie muss immer wieder neu erarbeitet werden.

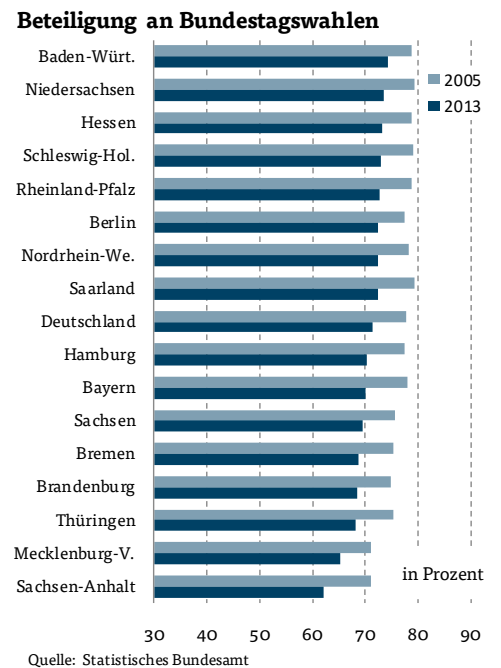
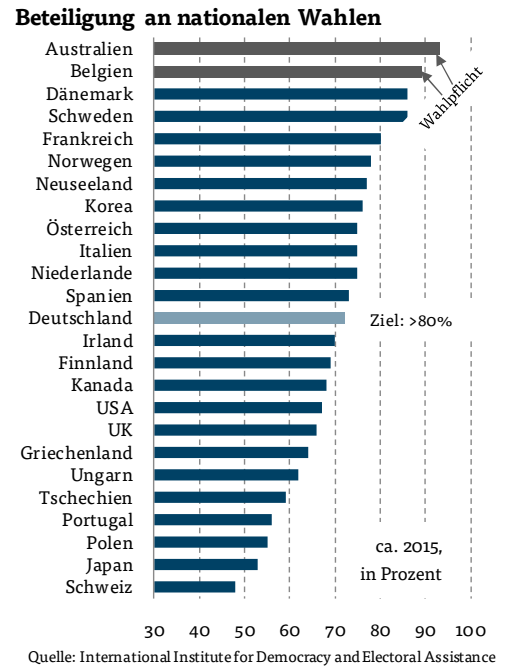
Die Höhe der Wahlbeteiligung kann einen ersten Eindruck von der Qualität einer Demokratie geben. Sie wird in den meisten Lebensqualitätsprojekten genutzt, so auch in „Gut leben in Deutschland“, „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“, dem „UK Wellbeing Wheel“ oder dem „Index des besseren Lebens“ der OECD.

Erstaunlicherweise ist die Wahlbeteiligung kein Standardindikator in den Datenbanken internationaler Organisationen, sodass auch die OECD die Daten des „International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA)“ verwendet. Diese zeigen die höchste Wahlbeteiligung in Australien und Belgien, wo allerdings Wahlpflicht besteht. Dänemark und Schweden sind mit 86% die führenden Länder ohne Wahlpflicht – 14 Prozentpunkte mehr als in Deutschland im Jahr 2013. Hierzulande sinkt die Wahlbeteiligung seit den 1970er Jahren immer weiter: von 91% im Jahr 1972 („Willy wählen“) über 84% im Jahr 1987 bis zum Tiefpunkt mit 70,8% im Jahr 2009 und dem leichten Anstieg auf 71,5% im Jahr 2013. Im Vergleich der Bundesländer unterscheiden sich die Werte erheblich: Zwischen dem Schlusslicht Sachsen-Anhalt und dem Ersten Baden-Württemberg lagen im Jahr 2013 etwa 12 Prozentpunkte Unterschied (Grafik rechts unten).

Gesellschaftliches Ziel könnte ein Wiederanstieg der Wahlbeteiligung auf über 80% in den nächsten acht Jahren sein. Dazu wäre – neben einer grundsätzlichen Verständigung über die Bedeutung dieses Ziels – eine Kraftanstrengung vieler Akteure notwendig.

Politik und Verwaltung auf allen staatlichen Ebenen müssten noch mehr auf die Bürger zugehen und mehr zuhören. Ideen reichen von der Bürger-sprechstunde auf dem Marktplatz bis hin zu großen Beteiligungsprozessen zu relevanten Themen. Ein besonderer Fokus sollte auf schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen liegen und auf denjenigen, die nicht den Eindruck haben, dass sie politische Entscheidungen beeinflussen können (ein weiterer wichtiger Indikator in „Gut leben in Deutschland“).

Die Parteien könnten noch mehr neue Formate für Engagement ermöglichen. Die Presse sollte bei aller Kritik an den Mächtigen noch mehr Respekt und Wertschätzung für Politiker zeigen und einen konstruktiven Beitrag zur Suche nach besseren gesellschaftlichen Lösungen anbieten. Und jeder Einzelne kann sich für die Demokratie engagieren, ob in der Schülervertretung, im Ortsbeirat oder in einer zivilgesellschaftlichen Initiative.



2. Analphabetenquote senken

Deutschland hat eines der besten Bildungssysteme weltweit. Das duale Ausbildungssystem ist vorbildlich und die Universitäten führen viele junge Menschen zu hochwertigen Abschlüssen. Natürlich gibt es auch Klagen, vom Bildungsföderalismus über Noteninflation und geringe Bildungsmobilität bis hin zu den PISA-Ergebnissen.

Besonders starker Verbesserungsbedarf besteht bei den Lese- und Schreibfähigkeiten vieler Erwachsener. Fast 15% der Deutsch sprechenden Erwachsenen in Deutschland – 7,5 Millionen Menschen – waren laut Level-One Studie im Jahr 2010 funktionale Analphabeten. Sie können zwar einzelne Sätze lesen oder schreiben, nicht jedoch zusammenhängende – auch kürzere – Texte. Betroffene Personen sind aufgrund ihrer begrenzten schriftsprachlichen Kompetenzen nicht in der Lage, am gesellschaftlichen Leben in angemessener Form teilzuhaben. Sie können auch bei einfachen Beschäftigungen schriftliche Arbeitsanweisungen nicht lesen. Die Verbindung zu vielen weiteren Indikatoren für Lebensqualität wie Wahlbeteiligung, Arbeitslosigkeit oder Armutsgefährdung ist offensichtlich. Betroffen sind vor allem Männer, die 60% aller funktionalen Analphabeten ausmachen. Analphabetismus ist unter älteren Menschen etwas weiter verbreitet, aber auch 12,6% der 18-29-Jährigen waren 2010 betroffen. Personen mit Deutsch als Erstsprache sind relativ weniger betroffen, stellen aber dennoch 4,4 Millionen Analphabeten.

In „Gut leben in Deutschland“ ist der Indikator nicht enthalten, möglicherweise weil die Datenbasis noch nicht ideal ist. Für die Bundesrepublik liegt bisher nur ein Wert für das Jahr 2010 vor und es gibt keine internationalen Vergleiche. Diese Daten müssten mit einheitlicher Methodik mindestens alle 5 Jahre erhoben werden.

Es ist die gemeinsame Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft hier eine deutliche Verbesserung zu ermöglichen. In einem so reichen Land wie Deutschland sollten dafür genügend Ressourcen vorhanden sein. Dafür sind Führungspersönlichkeiten und Organisationen gefragt, die alle Akteure zusammenbringen und das Thema aktiv angehen. Diese Rolle können Ministerpräsidenten, Bürgermeisterinnen aber auch Stiftungen oder Unternehmen übernehmen.

Praktische Vorschläge gibt es genug, wie zum Beispiel im vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten „Handbuch zur Alphabetisierung und Grundbildung Erwachsener“. Die dort enthaltenen Empfehlungen sollten nun umgesetzt werden. Viele Bundesländer sind schon aktiv geworden und die Bundesregierung hat 2015 die „Nationale Dekade für Alphabetisierung“ ausgerufen. Aus der Zivilgesellschaft wurde die App IRMGARD aufgebaut, die Lese- und Schreibkompetenz in deutscher Sprache fördert. Das alles sollte skaliert und sichtbarer werden.

7,5 Millionen Erwachsene sind funktionale Analphabeten

Angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen

Internationale Vergleich sind noch nicht verfügbar

Ideen und Vorschläge gibt es genug, nun sollte umfassend gehandelt werden

3. Armut weiter verringern

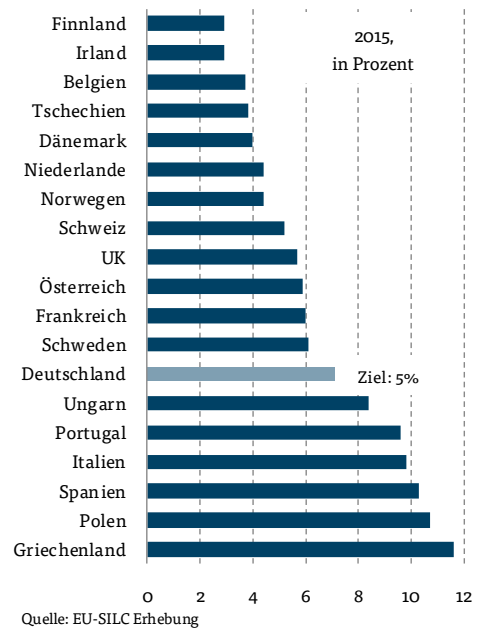
Deutschland ist ein materiell sehr reiches Land: Das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner ist zwar niedriger als in Norwegen oder der Schweiz, aber höher als in den meisten anderen Ländern auf der Welt. Dieses durchschnittliche Einkommen ist nicht gleichmäßig auf alle Einwohner verteilt. Oft werden globale Maße für die Ungleichheit verwendet, wie z.B. der Gini-Koeffizient oder 80/20 Relationen. Die konkreten Schlussfolgerungen aus solchen Maßen bleiben allerdings oft unklar. Daher werden in den meisten Lebensqualitätsprozessen Indikatoren für ganz konkrete Ungerechtigkeiten oder besonders betroffene Personengruppen genutzt (vgl. „Die Kraft gesellschaftlicher Visionen“ S. 9ff). Dazu gehören auch Bildungsindikatoren wie die Analphabetenquote oder die Quote der Schulabbrecher.

Mit Blick auf die Einkommen werden zum Beispiel die Zahl der Kinder in Haushalten unter der Armutsgrenze oder die Anzahl der Empfänger öffentlicher sozialer Zuwendungen (Jacksonville) als Indikatoren verwendet. Eine weitere Möglichkeit ist der Anteil der Menschen, die trotz Vollzeiterwerbstätigkeit arm sind, also weniger als 60% des gewichteten Media-einkommens erhalten. Laut EU-SILC Erhebung waren davon 2015 in Deutschland 7,1% der Vollzeitbeschäftigten betroffen (Grafik). Das ist ein Prozentpunkt mehr als im Jahr 2007 und mehr als in vielen anderen europäischen Ländern. Finnland und Irland sind hier führend. Dort liegt diese Armutsquote unter 3%. Einigen Ländern ist es sogar gelungen, diese Quote zwischen 2007 und 2015 zu senken: die Schweiz um 1,5 Punkte auf 5,2% und Irland um knapp einen Punkt auf 2,9%. Vielleicht schafft Deutschland in den nächsten beiden Legislaturperioden einen Rückgang um zwei Punkte und halbiert so den Abstand zu den führenden Ländern?

In „Gut leben in Deutschland“ wird ein breiteres Maß für Armutsrisiko verwendet, welches auch Arbeitslose, Studierende, Rentner und Teilzeitbeschäftigte umfasst. Demnach waren 2013 15,3% der Deutschen von Armut bedroht. Eine andere Datenbasis der EU kommt für das Jahr 2015 sogar auf 20%. Die Feststellung einer konkreten, unerwünschten Ungerechtigkeit ist bei solchen breiten Maßen jedoch schwieriger als bei der engeren Betrachtung von Vollzeitbeschäftigten.

Die Veränderung dieser Situation ist über mindestens drei Seiten möglich. Die Arbeitgeber der betroffenen Personen könnten die Bezahlung aufstocken, falls ihnen das möglich ist. Von staatlicher Seite könnte das Einkommen über weitere Transfers oder eine negative Einkommensteuer angehoben werden. Und die betroffenen Personen selbst könnten versuchen, sich über Weiterbildung für besser bezahlte Positionen zu qualifizieren – was natürlich parallel zu einer Vollzeitbeschäftigung nicht leicht ist. Auch hier wäre zu überlegen, ob zusätzliche staatliche Unterstützung für individuelle Weiterbildungsphasen sinnvoll wäre.

Armutsgefährdung trotz Vollzeitarbeit



Konkrete, unerwünschte Ungerechtigkeiten identifizieren

Viele Möglichkeiten für eine Verbesserung

4. Wohnen günstiger machen

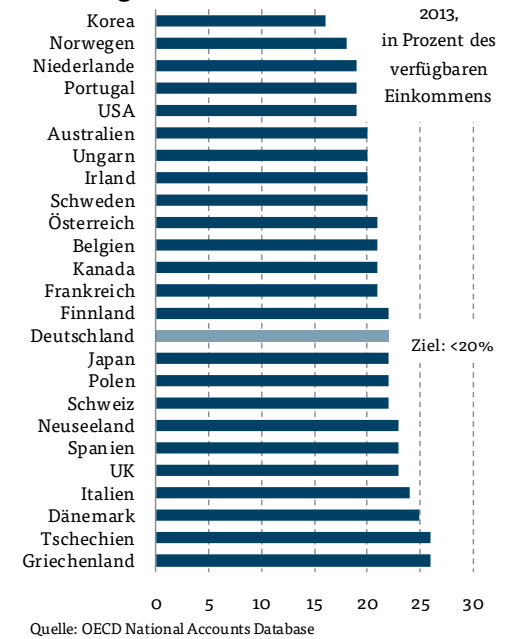
Ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu haben ist in allen Dialogen über Lebensqualität ein großes Thema. Der Fokus liegt oft auf den Bedürfnissen von älteren und ärmeren Menschen und auf den Möglichkeiten für Familien mit Kindern. International vergleichbare Statistiken sind jedoch auch hier nur für Durchschnittswerte für die Gesamtbevölkerung verfügbar. Im Index des besseren Lebens der OECD werden die Wohnausgaben (inklusive Heizung und Strom) als Anteil an den verfügbaren Haushaltseinkommen betrachtet. Ähnliche Indikatoren wurden auch in „Gut leben in Deutschland“ (nur Mieterhaushalte) und in „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ (typische 70qm Wohnung) verwendet.

Laut den Zahlen der OECD geben die deutschen Haushalte 22% ihres Einkommens für Wohnen aus (Grafik). In Norwegen und den Niederlanden sind es dagegen weniger als 20%. Ein klares Muster ist in diesem internationalen Vergleich nicht zu erkennen, weder entlang der Größe der Länder, des Einkommensniveaus, der Lebenszufriedenheit oder auch der Eigentumsquote. National unterschiedliche Präferenzen für Wohnen können eine Erklärung für unterschiedliche Ausgabenhöhen sein – diese Präferenzen sind aber kaum beschreibbar. Eher greifbar sind nationale Unterschiede in den Rahmenbedingungen für Wohnen, zu denen auch staatliche Regeln gehören.

Um konkrete Maßnahmen für mehr günstigen Wohnraum auf den Weg zu bringen, ist eine nähere Betrachtung nach Einkommensgruppen und Haushaltstypen erforderlich, so wie es im Abschlussbericht zu „Gut leben in Deutschland“ gemacht wurde. Wenig überraschend geben Haushalte mit niedrigem Einkommen sowie Ein-Personen-Haushalte relativ viel Geld für Wohnen aus. Ein Rückgang der Armut trotz Erwerbstätigkeit (siehe vorhergehende Seite) würde auch einen Beitrag zur Senkung der relativen Wohnausgaben leisten.

Auch das Angebot an bezahlbaren Wohnungen für die entsprechenden Zielgruppen ist eine politisch beeinflussbare Größe. Mehr Sozialwohnungen und eine klare Einhaltung von Sozialbindungen gehören zu den möglichen Stellschrauben. Auch die rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf die Preise für Bauland und für den Bau selbst wirken, könnten überprüft werden. Möglicherweise würde ein bundesweiter Dialogprozess helfen, sinnvolle und umsetzbare Lösungen zu erarbeiten. In einen solchen Prozess sollten alle Betroffenen eingebunden werden: Mieterinnen, Vermieter, Städte, Architekten, Bauunternehmen und viele andere.

Wohnausgaben der Haushalte



Betrachtung nach Einkommensgruppen und Haushaltstypen nötig

Viele Stellschrauben

5. Sicherheitsgefühl stärken

Deutschland ist eines der sichersten Länder der Welt. Trotz aller TV-Krimis: pro 100.000 Einwohner stirbt in Deutschland (wie in Schweden) pro Jahr nur ein Mensch durch Mord. Dennoch fühlen sich in Deutschland relativ viele Menschen nicht sicher, vor allem nachts. Die OECD nutzt in ihrem Index des besseren Lebens das subjektive Sicherheitsgefühl nachts, wie es in der Gallup World Poll ermittelt wird. Die Grafik rechts zeigt, dass sich Deutschland hier im Jahr 2015 nur im Mittelfeld der 25 Länder wiederfand: Nur 74,6 Prozent der Deutschen fühlen sich sicher, wenn sie nachts alleine durch ihre Stadt gehen. In den führenden Ländern wie Finnland und Dänemark sind es 10 Prozentpunkte mehr. Diese Werte sollten für Deutschland ebenfalls erreichbar sein, auch wenn die Ausgangsbasis nach den Ereignissen der Jahre 2015/16 heute möglicherweise niedriger liegt.

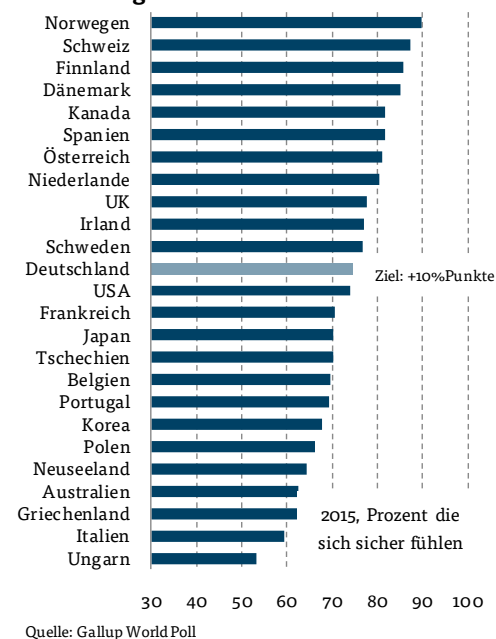
In „Gut leben in Deutschland“ wurden Zahlen aus dem deutschen Viktimisierungssurvey für 2012 zum Sicherheitsgefühl nachts im Wohnumfeld genutzt. Aus der gleichen Quelle stammt der Indikator zum Vertrauen in die örtliche Polizeiarbeit, der vermutlich stark mit dem Sicherheitsgefühl korreliert. Demnach fühlen sich vor allem Frauen und ältere Menschen besonders unsicher.

In der Urban Audit Umfrage der Europäischen Kommission wird alle 3 Jahre ebenfalls nach dem Sicherheitsgefühl allgemein und in manchen Städten auch nachts gefragt. Die untere Grafik rechts deutet auf besonderen Handlungsbedarf in Berlin, Mannheim, Oberhausen und Leipzig hin, während sich die Menschen in München, Münster und Rostock relativ sicher fühlen. In den teilnehmenden Städten liegt das Sicherheitsgefühl nachts rund 23 Prozentpunkte niedriger als in der allgemeinen Frage.

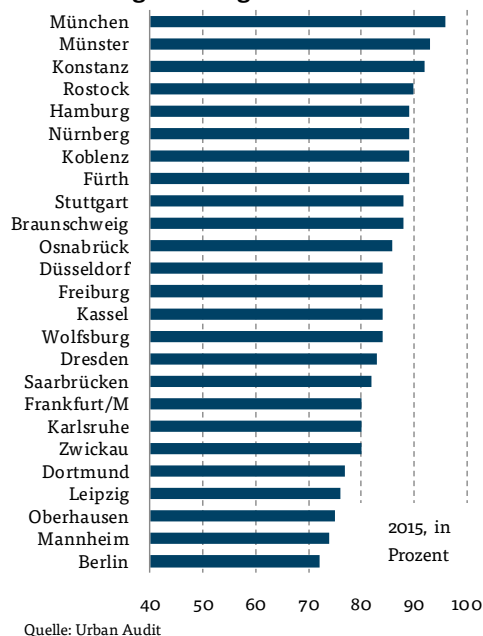
Mangelndes Sicherheitsgefühl kann zu Rückzug und Abgrenzung führen, was dem gesellschaftlichen Miteinander und der individuellen Lebensqualität schadet. Ein höheres Vertrauen in die Mitmenschen (siehe nächste Seite) hängt eng mit dem Sicherheitsgefühl zusammen.

Um die Situation nachhaltig und flächendeckend zu verbessern sind Anstrengungen auf allen Ebenen notwendig: Bund, Länder, Städte, Gemeinden und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam sinnvolle Maßnahmen erarbeiten und umsetzen. Zum Beispiel könnte die Gewaltprävention an Schulen und in Vereinen weiter gestärkt werden. Eine gute Integration und Ausbildung aller Schüler dürfte ebenso hilfreich sein wie eine bessere Ausstattung von Jugendzentren. Verantwortung tragen die Eltern ebenso wie die Polizei vor Ort. Eine wirkliche Verbesserung ist wahrscheinlicher, wenn alle Betroffenen miteinander reden und arbeiten. Dazu sind an manchen Stellen auch neue Wege nötig: Das kleine Island hat gezeigt, wie sich durch mehr Sport – aber auch Maßnahmen wie z.B. Sperrstunden für Teenager – der Drogenkonsum unter Jugendlichen senken lässt.

Sicherheitsgefühl nachts



Sicherheitsgefühl allgemein



6. Vertrauen fördern

Menschen sind soziale Wesen. In allen Dialogprozessen über Lebensqualität wird das friedliche und respektvolle Miteinander besonders oft als wünschenswert genannt. Das Miteinander einer Gesellschaft kann z.B. daran gemessen werden, ob man im Notfall Hilfe durch andere Menschen erhalten würde („Gut leben in Deutschland“, OECD „Index des besseren Lebens“), über die Toleranz gegenüber Minderheiten (vgl. „Die glückliche Variante des Kapitalismus 2.0“) oder auch über die Zufriedenheit mit dem Sozialleben (Eurofound).

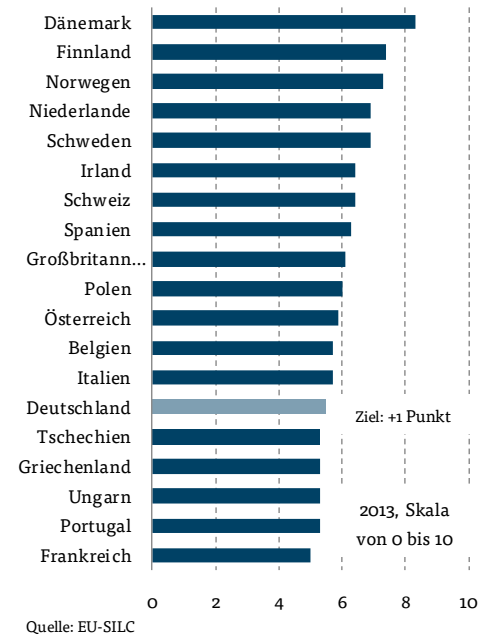
In der Sozialkapitalforschung wird besonders oft auf das allgemeine Vertrauen in die Mitmenschen verwiesen, für das qualitativ hochwertige Befragungsdaten verfügbar sind. Im europäischen Vergleich hat Deutschland laut der EU Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) erhebliches Aufholpotential. Auf einer Skala von 0 (ich vertraue keinem anderen Menschen) bis 10 (den meisten Menschen kann man vertrauen) wählten im Jahr 2013 die 14.000 befragten deutschen Erwachsenen im Durchschnitt nur einen Wert von 5,5. Spitzenreiter sind einmal mehr die Dänen (8,3) gefolgt von anderen Ländern der glücklichen Variante des Kapitalismus (Grafik). Sogar Italien liegt knapp vor Deutschland. Bedauerlicherweise wurde das Vertrauen in der EU-SILC bisher nur einmal erhoben.

In der Urban Audit Befragung wird auf Städteebene eine ähnliche Frage gestellt, die auf einer 4er-Skala beantwortet werden muss. Im Jahr 2015 waren Dresden, Konstanz, Münster und Freiburg die Städte in Deutschland mit dem höchsten Vertrauen in die Mitmenschen (Grafik). Münster und Konstanz lagen auch bei der Frage nach der Sicherheit weit vorne (siehe Seite 7). Berlin, Mannheim und Dortmund lagen in beiden Themen dagegen weit zurück.

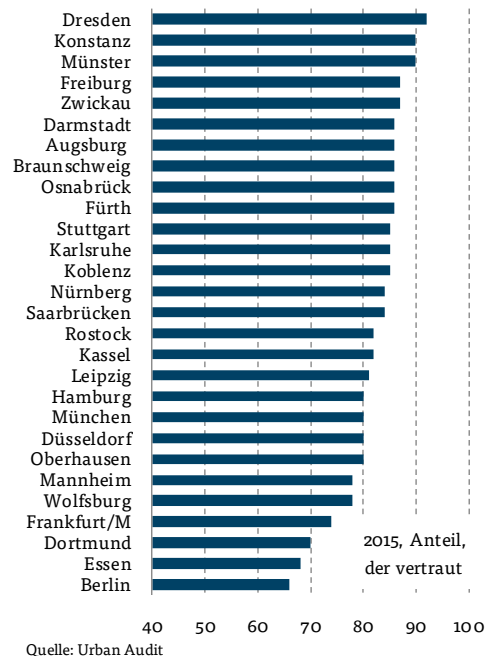
Das Vertrauen in die Mitmenschen hängt eng mit vielen anderen Indikatoren für Lebensqualität zusammen, nicht nur mit der Sicherheit. Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen haben mehr Vertrauen in andere als solche mit geringer Bildung. Wer wenig Vertrauen in die Mitmenschen hat, der traut auch dem politischen System weniger.

Das Vertrauen lässt sich nicht direkt per Gesetz anheben, sondern nur über eine große Zahl von Maßnahmen auf allen Ebenen. Zum Beispiel könnte im Städtebau mehr Raum für Begegnungen freigehalten werden. Wohnungsgesellschaften und Nachbarschaften können mehr kleine Nachbarfeste organisieren. Stiftungen könnten Veranstaltungen anbieten, auf denen unterschiedliche Kulturen in den Austausch kommen. Die Politik kann das alles durch Teilnahme und Ermutigung begleiten.

Vertrauen in die Mitmenschen



Vertrauen in der Stadt



7. Selbsttötungen verringern

Die Weltgesundheitsorganisation WHO definiert Gesundheit breit als einen Zustand völligen psychischen, physischen und sozialen Wohlbefindens. Im Rahmen der weltweiten Diskussion um Lebensqualität bekam die mentale Gesundheit mehr Aufmerksamkeit, vorangetrieben von Psychologen wie Martin Seligman und Ökonomen wie Richard Layard. Im britischen „Wellbeing Wheel“ und im „Canadian Index of Wellbeing“ wurden bereits Indikatoren zur mentalen Gesundheit aufgenommen, die aus Befragungen ermittelt wurden. In Großbritannien gab im Jahr 2013 knapp ein Fünftel der Bevölkerung über 16 Jahre an, dass sie in der zurückliegenden Woche unter Depressionen oder Angstzuständen gelitten hatten.

In „Gut leben in Deutschland“ und „Schöne Aussichten“ liegt der Fokus der Indikatoren dagegen ausschließlich auf der physischen Gesundheit, obwohl auch hierzulande intensiv über Depressionen, Überforderungen usw. diskutiert wird. Möglicherweise ist mentale Gesundheit noch ein Tabuthema, über das in Lebensqualitätsdialogen kaum gesprochen wird.

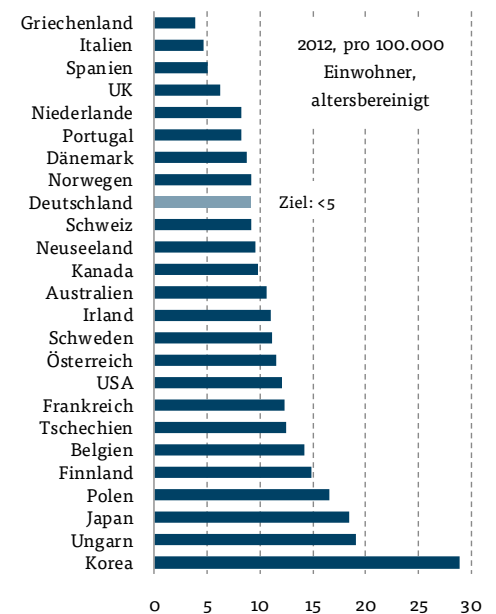
Die Spitze des Eisbergs mentaler Gesundheitsprobleme sind die Selbsttötungen, wofür die Weltgesundheitsorganisation international vergleichbare Zahlen veröffentlicht. Diese sind in den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen enthalten (Indikator 3.4.2), die auch für Deutschland gelten. Demnach setzen jedes Jahr 9 von 100.000 Deutschen ihrem Leben selbst ein Ende (altersbereinigte Werte der WHO). In Griechenland, Italien und Spanien sind es nur halb so viele. Über alle Länder hinweg gilt, dass dreimal so viele Männer wie Frauen diesen Weg wählen.

In absoluten Zahlen sind es in Deutschland jedes Jahr etwas mehr als 10.000 Menschen, die durch vorsätzliche Selbstbeschädigung ums Leben kommen. Zum Vergleich: die Zahl der Verkehrstoten liegt bei rund 3.300 Menschen pro Jahr. Unter den Selbsttötungen sind besonders viele Männer im Alter zwischen 50 und 60 Jahren.

Unter dieser Spitze des Eisbergs mentaler Herausforderungen liegt eine weitaus größere Zahl mentaler Probleme mit ihren vielen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Betroffenen und ihres Umfelds. Die wirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmen und Sozialversicherungen nehmen zu.

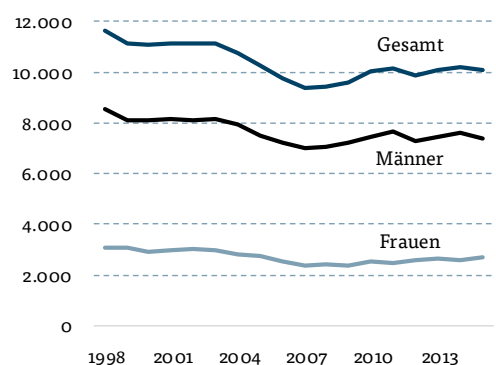
Die Ursachen für diese Probleme sind vielschichtig. Das darf aber nicht bedeuten, dass sie nicht mit mehr Nachdruck angegangen werden sollten. Auch hier sind viele Akteure gefragt, von Unternehmen über Aktionsbündnisse mit Anti-Stigma-Kampagnen bis hin zur Aufklärungsarbeit für junge Menschen durch das Programm „Verrückt? Na und!“ und viele andere mehr.

Selbstmordrate



Quelle: Weltgesundheitsorganisation

Suizide in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt Todesursachenstatistik

Spitze des Eisbergs mentaler Probleme

Viele Ursachen – viele Aktionen

8. (Sport)Vereine stärken

Manchmal wird es als verstaubt und überholt belächelt: das deutsche Vereinswesen. Die Relevanz der Vereine für Lebensqualität ist aber nach wie vor hoch und betrifft viele Themenfelder von Zusammenleben über Gesundheit bis hin zur Politik. Gemeint ist eine große Vielfalt von Ausprägungen: Gesangsvereine, Kleingartenvereine, Karnevalsvereine, Kulturvereine und viele mehr. Überall kommen Menschen zusammen, verbringen Zeit miteinander und tauschen sich über verschiedene Themen aus. Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft ist das neben der Familie ein entscheidendes Element.

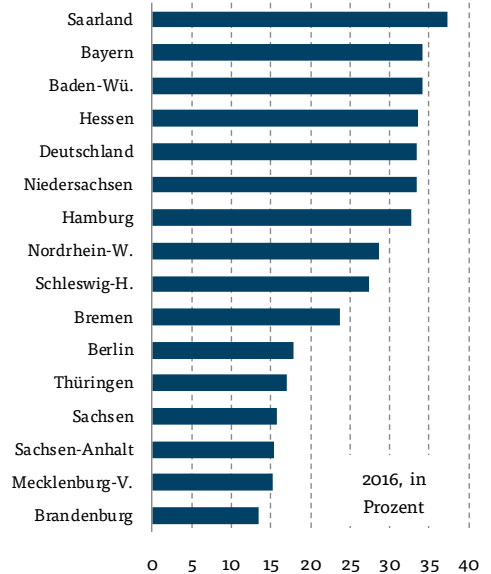
Besonders gute Daten liegen für die Sportvereine vor. Dieser Indikator ist sowohl in „Gut leben in Deutschland“ als auch in „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ enthalten. Wegen seiner großen gesellschaftlichen Bedeutung nehmen wir ihn hier für das Themenfeld Freizeit auf, auch wenn kein internationaler Vergleich möglich ist und sich auch die Werte für Deutschland nicht verschlechtert haben. Eine Alternative wäre die Zeit, die die Deutschen mit Fernsehen und DVDs verbringen. Im Jahr 2013 waren das im Durchschnitt über 14 Stunden pro Woche (+1 Stunde gegenüber 2002). Besonders viel sehen Menschen mit niedriger Bildung und niedrigem Einkommen fern. Bei diesem Indikator scheint allerdings kein Konsens über die erwünschte Situation zu bestehen und eine Veränderung schwieriger möglich zu sein.

Die Statistiken des Deutschen Olympischen Sportbundes lassen einen Vergleich der Mitgliedschaft in Sportvereinen im Zeitablauf und zwischen Bundesländern zu. Spitzenreiter ist das Saarland, wo im Jahr 2016 mehr als 37% der Menschen Mitglied in einem Sportverein waren. Vereine in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen haben ebenfalls überdurchschnittlich viele Mitglieder (Grafik oben). Am unteren Ende lagen die Ostdeutschen Bundesländer, wo die Mitgliederzahlen nur halb so hoch sind wie im Bundesdurchschnitt.

Ein Blick auf die Veränderung in den letzten 10 Jahren zeigt ein anderes Bild: Im Saarland ist der Mitgliederschwund mit fast 5 Prozentpunkten besonders hoch, aber auch in Niedersachsen und Schleswig-Holstein sinken die Zahlen. Hinzugewonnen haben neben Hamburg auch viele ostdeutsche Bundesländer wie Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg.

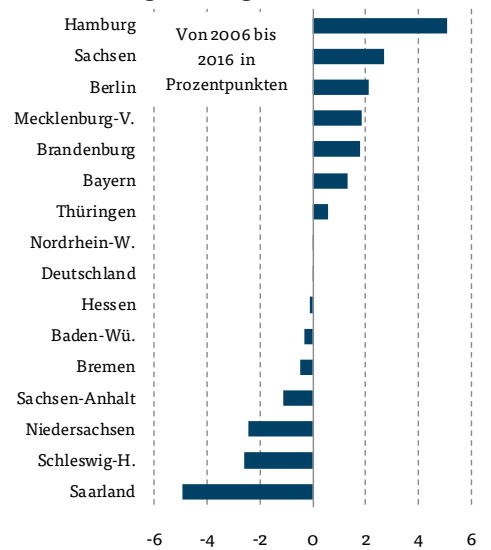
Handlungsbedarf besteht also an vielen Orten, ob wegen des niedrigen Niveaus der Mitgliedszahlen oder wegen des Rückgangs in den letzten Jahren. Eine stärkere finanzielle Förderung des Breitensports könnte hier ebenso hilfreich sein wie eine größere gesellschaftliche Akzeptanz von (ehrenamtlichem) Engagement als Trainerinnen und Betreuer und des Vereinswesens insgesamt.

Mitglieder in Sportvereinen



Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

Veränderung der Mitgliedschaft



Quelle: Deutscher Olympischer Sportbund

9. Übergewicht abbauen

Das deutsche Gesundheitssystem gehört zu den besten der Welt. Die Lebenserwartung der Menschen ist mit gut 81 Jahren dennoch niedriger als in Ländern wie Japan und der Schweiz. Dies liegt zum Teil an der seit Jahrzehnten zunehmenden Fettleibigkeit in Deutschland. Das anerkannte Maß für Fettleibigkeit ist ein Body Mass Index (BMI) über 30. Der BMI errechnet sich aus dem Verhältnis zwischen Gewicht und Körpergröße einer Person.

Der Anteil fettleibiger Menschen ist einer der 46 Indikatoren in „Gut leben in Deutschland“. Seit 2008 ist er auch im Bericht der Bundesregierung über die nachhaltige Entwicklung enthalten – immer versehen mit einer Gewitterwolke, die eine unerwünschte Entwicklung signalisiert. Offizielles Ziel war ein Rückgang bis zum Jahr 2020. Passiert ist das Gegenteil: Seit 2008 hat sich die Situation verschlechtert. Waren 1999 noch 11,5% der Deutschen fettleibig und 2005 13,6%, so stieg der Wert bis 2014 auf 17%.

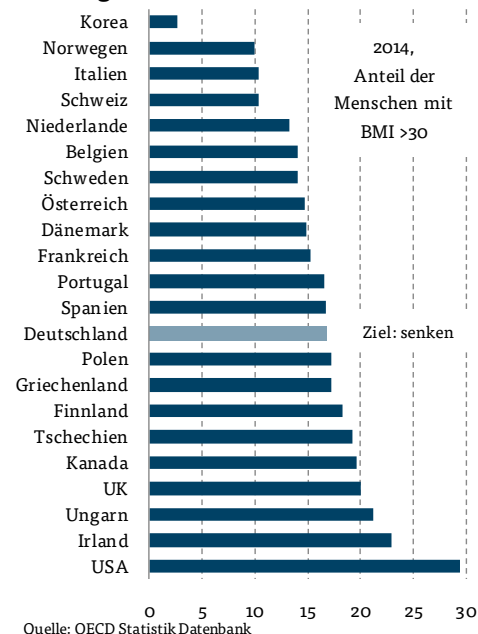
Einen internationalen Vergleich ermöglichen die Daten der OECD: Mit den genannten 17% fettleibigen Erwachsenen lag Deutschland im Jahr 2014 im Mittelfeld der in dieser Studie betrachteten Länder. Dieser Wert ist deutlich besser als die 30% in den USA, bleibt aber weit zurück hinter Werten um die 10% für Norwegen, Italien und die Schweiz.

Auch wenn sich die Fettleibigkeit rund um den Globus immer weiter verbreitet, so gibt es doch Länder in denen dieser Anstieg langsamer verläuft als in Deutschland. Italien verzeichnete in den letzten 20 Jahren nur eine sehr geringe Zunahme und auch die Niederlande konnten den Anstieg auf einen BMI von 13,3 begrenzen (Grafik).

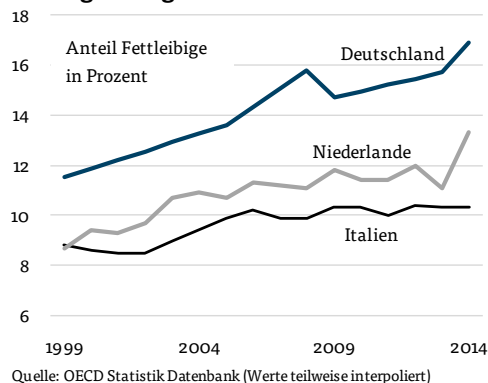
Es wird Zeit für eine gesellschaftliche Kraftanstrengung für mehr Lebensqualität und eine bessere Gesundheit – ohne dicke Menschen zu diskriminieren. Klarere Anreize für mehr Bewegung und gesündere Ernährung sollten nicht pauschal als Bevormundung ausgeschlossen werden. Wenn beispielsweise Fahrradfahren gefördert wird, dann ist das gut für die natürliche Umwelt (siehe nächste Seite) und für unsere Gesundheit. Andere Transportmittel stehen weiter zur Verfügung. Informationsportale zu Ernährung und Bewegung allein reichen nicht aus.

Viele Akteure sind gemeinsam gefordert. Familien, Schulen, Unternehmen, die Politik und andere. Der Phantasie sind kaum Grenzen gesetzt: Schulen könnten Projektwochen und Arbeitsgemeinschaften anbieten. Unternehmen könnten sich an Branchenwettbewerben „Wir lassen los“ um die meisten verlorenen Pfunde beteiligen. Sportvereine könnten mehr Kurse für diese Zielgruppe anbieten und aktiv auf sie zugehen (siehe Seite 10). Alles könnte von Krankenkassen, Politik und Prominenten unterstützt werden. Vielleicht kann Deutschland so eine weitere Zunahme der Fettleibigkeit verhindern – oder sogar einen Rückgang erreichen.

Fettleibigkeit weltweit



Anstieg kann gebremst werden



Zeit für eine gesellschaftliche Kraftanstrengung

10. Fußabdruck verringern

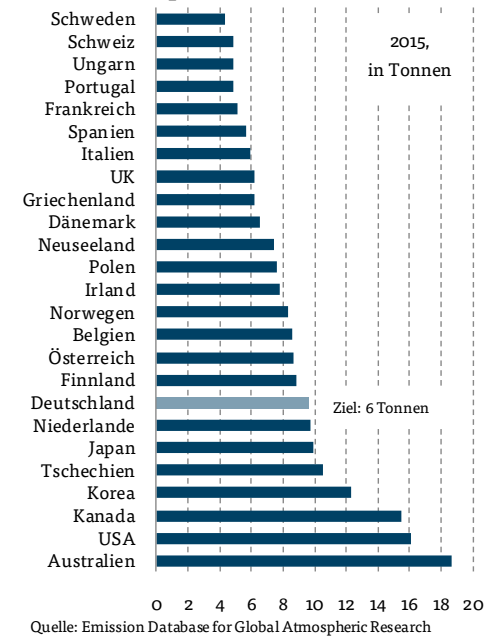
Eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität und des Wohlergehens auf der Erde für heutige und künftige Generationen ist nur möglich, wenn die natürliche Umwelt nicht zusammenbricht. Dafür tragen wir Menschen als mit Abstand wichtigste Nutzer und Schädiger die Verantwortung. Spätestens seit dem Weltgipfel in Rio de Janeiro im Jahre 1992 gibt es formal Einigkeit über diese Verantwortung.

In den letzten Jahren wurden immer mehr belastbare Messgrößen für die Nutzung der Umwelt durch menschliche Aktivitäten entwickelt. So wird seit Mitte der 1990er Jahre der ökologische Fußabdruck für Länder veröffentlicht. Im Fortschrittsindex des Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt ist er eine von vier Komponenten. Den mit weitem Abstand größten Anteil am Fußabdruck haben die CO₂-Emissionen. Sie sind auch für den größten Teil des weltweiten Anstiegs in den letzten Jahrzehnten verantwortlich. Zeitreihen für CO₂-Emissionen für über 200 Länder und Territorien werden vom Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission veröffentlicht. Demnach war im Jahr 2015 jeder Deutsche für 9,6 Tonnen CO₂-Emissionen verantwortlich – vor allem durch die Verbrennung von Kohle, Öl und Gas. Größte Emittenten sind die Energiewirtschaft und der Verkehr. Andere reiche Länder wie Schweden oder die Schweiz stoßen pro Einwohner nur halb so viel CO₂ aus (Grafik). Eine nennenswerte Verbesserung konnte Deutschland in den letzten Jahren trotz der Energiewende nicht verzeichnen – im Unterschied zu Dänemark, Großbritannien und Schweden, wie die zweite Grafik zeigt.

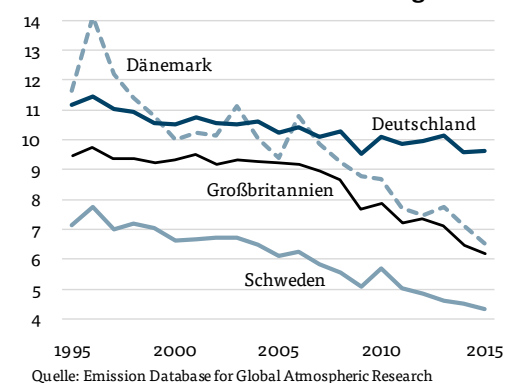
Die Schlussfolgerung aus den hohen Werten für Deutschland ist einfach: die Emissionen aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas müssen deutlich sinken. Der Rückgang der deutschen Emissionen nach der Wiedervereinigung und der geringe Anteil Deutschlands an den globalen Emissionen werden oft als Vorwand gegen weitere Maßnahmen angeführt. Deutschland muss sich überlegen, ob es tatsächlich ein Vorbild im Kampf gegen Treibhausgase sein möchte und die selbstgesteckten Ziele bis 2050 wirklich erreichen möchte (5 bis 20 Prozent des Wertes von 1990).

Auch hier sind viele gesellschaftliche Akteure gefragt. Beispielsweise, könnten sich die Eigentümer von Unternehmen in allen Branchen für weniger Emissionen stark machen. Jeder Bürger kann seine persönlichen Emissionen reduzieren, auch mit Hilfe des CO₂-Rechners des Umweltbundesamtes oder den Einspartipps von Greenpeace. Ganz ohne veränderte rechtliche Rahmenbedingungen durch die Politik wird es vermutlich nicht gehen. Zum Beispiel könnte die Umstellung auf LEDs beschleunigt werden. Auch jede Stadt kann auf ihrem Territorium einen Rückgang fördern. In Frankfurt am Main lag die Emission pro Einwohner 2012 mit 12,5 Tonnen zum Beispiel deutlich über dem Bundesdurchschnitt.

CO₂-Ausstoß pro Einwohner



Sinkende CO₂-Emissionen sind möglich



Anhang 1: Lebensqualitätsprozesse

Im Text wurden mehrere Lebensqualitätsprozesse genannt, in denen mindestens eine der vier Komponenten (Dialoge, Visionen, Messung, Handeln) verwendet wurde.

Gut leben in Deutschland. Dieser Prozess der Bundesregierung wurde im Koalitionsvertrag 2013 vereinbart. Er begann 2015 mit einem breiten Dialogprozess und endete im Oktober 2016 mit der Veröffentlichung der 46 Indikatoren. Visionen als Zusammenfassung der Dialoge wurden nicht erstellt.

Website: www.gut-leben-in-deutschland.de

Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt begann 2014 mit einer Dialogphase, in der ein Schwerpunkt auf nicht so oft gehörte Stimmen gelegt wurde. Visionen und Indikatoren wurden im Juni 2015 in „Frankfurt, was zählt!“ veröffentlicht und eigene Handlungsprojekte (Repair Cafés, Nachbarfeste, Frankfurter Begegnungen) auf den Weg gebracht. Das Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt hat den Prozess geleitet.

Webseite: www.schoenaussichtenffm.de

Lebensqualitätsdialog in Großbritannien. Der breit angelegte Dialog wurde 2011/12 vom nationalen Statistikinstitut durchgeführt und war eine wichtige Inspiration für die Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“ im Zukunftsdialog der Bundeskanzlerin 2011/12. Die Indikatoren werden regelmäßig vom nationalen Statistikamt aktualisiert. Visionen wurden nicht erstellt.

Webseite: www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/wellbeing

Index des besseren Lebens der OECD. Seit 2011 veröffentlicht die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung jährlich ihren Index des besseren Lebens. Er wurde nicht mit Hilfe eines gesonderten Bürgerdialogs entwickelt, sondern auf Basis der langjährigen Erfahrung und Forschung der OECD zur Fortschrittsmessung.

Webseite: www.oecdbetterlifeindex.org

Jacksonville Community Indicators. Seit über 30 Jahren werden in der Hafenstadt in Florida Dialog, Visionen und Indikatoren mit Handeln für mehr Lebensqualität verbunden.

Webseite: www.jcci.org/indicators

Vancouver Vital Signs. Viele Bürgerstiftungen in Kanada nutzen Lebensqualitätsprozesse, um Prioritäten für ihre Arbeit zu finden. Vancouver hat die größte Bürgerstiftung und einen der erfolgreichsten Prozesse.

Webseite: vancouverfoundationvitalsigns.ca

Anhang 2: Datenquellen

Folgende frei zugängliche Datenbanken wurden genutzt, um qualitativ hochwertige und für mehrere Länder verfügbare Indikatoren zu erhalten.

Wahlbeteiligung: Das International Institute for Democracy and Electoral Assistance (IDEA) sammelt diese Zahlen. Zugriff ist leicht möglich über den Index des besseren Lebens der OECD.

Analphabeten: Die Werte für Deutschland stammen aus der „leo. – Level-One Studie“ von Anke Grotlüschen und Wibke Riekmann von 2011.

Armut: Die Arbeits-Armutgefährdungsquote auf Basis von Vollzeitbeschäftigung aus der EU-SILC Erhebung findet sich in der Eurostat-Datenbank.

Wohnausgaben: Dieser Indikator aus dem Index des besseren Lebens ist über die dazugehörigen OECD-Datenbank leicht verfügbar.

Sicherheit: Die Rohdaten stammen aus der Gallup World Poll und sind ebenfalls in der Datenbank zum Index des besseren Lebens enthalten.

Vertrauen: Wie auch die Armutgefährdungsquote ist dieser Indikator in der EU SILC Datenbank von Eurostat zu finden, jedoch nur für 2013.

Selbstmorde: Die „age-standardized suicide rates“ stammen aus den Global Health Estimates 2015 der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Sportvereine: Der Deutsche Olympische Sportbund veröffentlicht jährlich seine Bestandserhebung.

Fettleibigkeit: Hier wurde auf die Gesundheits-Datenbank der OECD zugegriffen (Obese population, self reported).

CO₂-Ausstoß: Die "Emission Database for Global Atmospheric Research (EDGAR)" des Joint Research Centre (JRC) der Europäischen Kommission und der PBL Netherlands Environmental Assessment Agency weist diese Zahlen aus.

Für Vergleiche deutscher Städten zu Vertrauen und Sicherheit wurde auf die Lebensqualität-Umfrage der EU-Kommission und der Städtegemeinschaft 'Koordinierte Umfrage', bearbeitet von KOSIS-Gemeinschaft Urban Audit zurückgegriffen: apps.mannheim.de/urbanaudit/perceptionsurvey/



Unsere Studien zu Lebensqualität

Die vorliegende Studie baut auf den Forschungsarbeiten des Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt in den letzten acht Jahren auf. Einige Studien wurden im Text genannt. Alle sind frei zugänglich:

Die glückliche Variante des Kapitalismus 2.0 (2016). Mit einer statistischen Clusteranalyse wurden Gemeinsamkeiten zwischen Ländern mit hoher Lebenszufriedenheit herausgearbeitet: Das Spektrum der Gemeinsamkeiten reicht von großer Pressefreiheit über eine hohe Beschäftigung älterer Menschen bis hin zur Toleranz gegenüber Mitmenschen.

Frankfurt, was zählt! (2015). Visionen und Indikatoren aus „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ sind hier dargestellt. Eine Ampelkennzeichnung zeigt für jedes der 10 Themenfelder die Indikatoren mit besonderem Handlungsbedarf. Die Auswahl der Indikatoren erfolgte auf Basis eines Bürgerdialogs und der Visionen daraus.

Lebensqualitätsprozesse – ein Handbuch (2014). In zehn Schritten gibt dieses kleine Handbuch praktische Hinweise für Menschen, die Lebensqualitätsprozesse durchführen möchten. Es kombiniert Einblicke aus Prozessen in Deutschland und weltweit mit wissenschaftlicher Forschung und eigenen praktischen Erfahrungen.

Die Kraft gesellschaftlicher Visionen (2013). Das Synthesepapier unseres Forschungsprojekts über wünschenswerte Zukünfte legt einen Schwerpunkt auf partizipative Prozesse.

Bessere Zukunft mit Visionen (2012). Hier wurden erstmals die vier Kernelemente Dialog, Visionen, Messung und Handeln vorgestellt.

Fortschrittsindex 2013 (2013). Unser Fortschrittsindex mit vier Indikatoren zu Einkommen, Gesundheit, Bildung und Umwelt ist nach wie vor der einzige breit gefasste Index für Lebensqualität, der ökonomische, soziale und ökologische Aspekte zusammenfasst und für mehrere Länder über einen längeren Zeitraum verfügbar ist.

Fortschrittsindex 2011 (2011). In der zweiten Ausgabe des Fortschrittsindex wurden auch Lebensqualitätsprozesse auf nationaler und lokaler Ebene vorgestellt.

Indikatorenprojekt Jacksonville (2011). Dem Vorzeigeprojekt in der Küstenstadt in Florida haben wir eine eigene Studie gewidmet.

Zukunftsforschung für Staaten (2009). Bereits in dieser Studie wurde auf „breit angelegte, offene, disziplinen- und ressortübergreifende Prozesse der Kommunikation und flexible Netzwerke“ und deren Bedeutung hingewiesen.

Über das Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt

Zielsetzung: Das Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt erarbeitet seit 2009 neue Wege und Methoden, mit denen die Lebensqualität der Menschen dauerhaft verbessert werden kann. Wir sind ein sichtbarer Impulsgeber und Brückenbauer zwischen Disziplinen, Themen, Institutionen und Menschen. Durch ein besseres Verständnis für gesellschaftliche Zusammenhänge wird sinnvolles gemeinsames Handeln vorbereitet.

Personen: Gründer und ehrenamtlich arbeitender Direktor der Denkfabrik ist Dr. Stefan Bergheim. Er hat im Dialog über Deutschlands Zukunft der Bundeskanzlerin 2011/12 die Arbeitsgruppe „Wohlstand, Lebensqualität und Fortschritt“ geleitet und war 2014/16 Mitglied im wissenschaftlichen Beirat der Regierungsstrategie „Gut leben in Deutschland“ der Bundesregierung. Zudem ist er Lehrbeauftragter an der Universität St. Gallen. Mit Herrn Bergheim arbeiten der interdisziplinär besetzte Ideenrat, vier weitere ehrenamtliche Vorstände sowie ein großes Netzwerk am gemeinsamen Ziel, neue Impulse für mehr Lebensqualität zu entwickeln.

Produkte: Unser Fortschrittsindex bietet ein Maß für Lebensqualität jenseits des Bruttoinlandsprodukts. Unsere Fortschrittsstudien liefern verständliche Analysen zu Zukunfts- und Querschnittsthemen wie Lebensqualität, Bildung, Gesundheit und Arbeit. Unser Konzept des Lebensqualitätsprozesses haben wir in einem Handbuch beschrieben und mit „Schöne Aussichten – Forum für Frankfurt“ in der Praxis umgesetzt. Im Fortschrittsblog nehmen wir Stellung zu aktuellen Ereignissen.

Resonanz: Seit 2009 ist das Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt erster deutscher Korrespondent im Fortschrittsprojekt der OECD. Im März 2010 wurde es als „Ausgewählter Ort 2010“ im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet. Porträts des Gründers erschienen u.a. in der Wirtschaftswoche, der Frankfurter Neuen Presse, der Frankfurter Rundschau und der Financial Times Deutschland.

Finanzierung: Als gemeinnützige und parteipolitisch unabhängige Organisation stellen wir unsere Erkenntnisse und Produkte der Allgemeinheit unentgeltlich zur Verfügung. Finanziert wird unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge und Zuwendungen von engagierten Privatpersonen, Stiftungen und Unternehmen.



Dieses Werk von Stefan Bergheim ist unter einer „Creative Commons Namensnennung - Nicht-kommerziell 3.0 Deutschland Lizenz“ lizenziert. Die Inhalte dürfen geteilt und bearbeitet werden, jedoch nur unter Namensnennung und zu nicht-kommerziellen Zwecken. Quellenangabe: „Bergheim, Stefan (2017): Besser leben in Deutschland – Handlungsprioritäten für Lebensqualität, Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt“.

Die Studie wurde nach bestem Wissen und Gewissen erstellt. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit oder Angemessenheit der vorstehenden Angaben oder Einschätzungen wird aber keine Gewähr übernommen.